

Ausschluss aus dem Arbeitgeberverband AWO Thüringen

Mit der Weimarer Erklärung haben wir am gestrigen Tag der Öffentlichkeit unter anderem unseren Beschluss mitgeteilt, dem Arbeitgeberverband der AWO Deutschland bei- und aus dem Arbeitgeberverband der AWO Thüringen auszutreten. In der heutigen Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes der AWO Thüringen haben wir diesen Beschluss unseres Regionalverbandes mitgeteilt. Die Mitgliederversammlung hat unser Vorgehen kritisch gewertet. Nach Unterbrechung der Sitzung für eine Beratung des Vorstandes teilte der Vorsitzende, Michael Hack, der Mitgliederversammlung den Beschluss des Vorstandes über den Ausschluss des AWO Regionalverbandes Mitte-West-Thüringen aus dem Arbeitgeberverband mit.

Gegen diesen Ausschluss legten wir satzungsgemäß Widerspruch ein. Daraufhin wurde durch den Vorsitzenden ein Beschluss der Mitgliederversammlung herbeigeführt. Die Mitgliederversammlung beschloss mit einer Gegenstimme (unseres Regionalverbandes) den Ausschluss der AWO Mitte-West-Thüringen aus dem Arbeitgeberverband Thüringen.

Wir nehmen diese Entscheidung zur Kenntnis, korrespondiert sie doch mit unserem ohnehin bestehenden Beschluss im Rahmen der „Weimarer Erklärung“. Die diese Entscheidung begleitenden Vorwürfe der Mitgliederversammlung und des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes der AWO Thüringen, dass wir uns unsolidarisch, intransparent und unkollegial verhalten hätten, weisen wir entschieden zurück.

Unser Vorhaben, dem Arbeitgeberverband der AWO Deutschland beizutreten, ist Ergebnis eines hoch partizipativen Prozesses und wird von einer breiten Basis unseres Verbandes getragen. Aus den Erfahrungen, Gesprächen und Projekten der vergangenen Jahre ist unsere sichere Erkenntnis gewachsen, dass ein wertgebundener Verband wie der unsere auch zeitgemäße Formen der tariflichen Vergütung leben muss. Wir wollen unsere gemeinsame Entwicklung eines verbundenen, starken und zukunftsorientierten Wohlfahrtsverbandes fortsetzen und der Leistung, die die Kolleginnen und Kollegen in unseren Arbeitsfeldern und Einrichtungen täglich leisten, die notwendige Würdigung versichern. Dies tun wir mit einem hohen Maß an wirtschaftlicher Verantwortung. Nicht zuletzt werden wir damit auch in den kommenden Jahren ein für Arbeitnehmer*innen und Bewerber*innen stabiler und attraktiver Arbeitgeber sein.

Wir erklären mit unserer Entscheidung unsere Solidarität mit der AWO Deutschland. Wir stehen für Zusammenhalt, Gerechtigkeit und eine starke Gemeinschaft. Unser Wunsch, mit einer traditionsreichen, starken Gewerkschaft wie Ver.di Tarifgespräche aufzunehmen, ist vor allem davon geleitet, für unsere Beschäftigten die Wertschätzung und Anerkennung zu erreichen, die ihr Engagement für unsere Gesellschaft (ob im Sozial- oder Gesundheitswesen, in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Bildung oder in der Pflege) verdient.

Nachdem wir den Beschluss gefasst haben, hielten wir es für legitim, diesen zeitnah und zeitgleich unseren Beschäftigten, unserem Dachverband und der Öffentlichkeit mitzuteilen. In dem Wissen um die heutige Mitgliederversammlung konnten wir davon ausgehen, dass damit die Transparenz für alle Beteiligten gesichert ist.

